

Der Briefetal-Bote erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Abonnementspreis beträgt für das Quartal 1.20 Mark, monatlich 40 Pfg. Einzelne Nummern 5 Pfg. Nach auswärts Porto inbegriffen.

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in P.H. Neumanns Buchdruckerei und Papierhandlung und von allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Die hochpreisigste Preistabelle kostet 15 Pfennig, die Restzeitung 30 Pfennig.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe



für Hoffjagdrevier, Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend

Telephon: Amt Birkenwerder Nr. 5

Telegr.: Briefetalbote, Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationkraft für den Amtsbezirk Birkenwerder.

Nr. 150 Dienstag, den 23. Dezember 1913 12. Jahrg.

Die heutige Nummer enthält das illustrierte Familienblatt, eine Beilage und einen Prospekt.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die über das Gehöft des Besitzers Waldenwanger in Hohen Neuendorf, Blumentalstraße 17, verkündete Sperte wird hierdurch aufgehoben.

Birkenwerder, den 17. Dezember 1913.

Der Amtsvorsteher. Kühn.

Bekanntmachung.

Als gefunden ist hier ein Hund Schlüssel abgegeben worden.

Birkenwerder, den 18. Dezember 1913.

Der Amtsvorsteher. Kühn.

Bekanntmachung.

Nach der Bekanntmachung des königlichen Versicherungsamtes Niederbarnim befindet sich die Meldestelle der Allgemeinen Ortskrankenkasse Niederbarnim für die Ortsgemeinden

Birkenwerder, Bergfelde, Borgsdorf

im Rathaus zu Birkenwerder.

Meldeformulare werden zu folgenden Preisen verabfolgt: bei Einzelerwerb pro 1 Pfg., in Blocks zu 10 Stück 10 Pfg., in Blocks zu 50 Stück 45 Pfg., in Blocks zu 100 Stück 80 Pfg.

Nach der gleichen Bekanntmachung befindet sich die Meldestelle der Allgemeinen Ortskrankenkasse Niederbarnim für die Ortsgemeinden

Birkenwerder, Borgsdorf

bei dem Kaufmann Surhardt in Birkenwerder, Hauptstraße 96.

Die Auszahlung des Krankengeldes erfolgt hier an jedem Freitag und falls dieser ein Feiertag ist, am vorhergehenden Werktage. Die Krankengelder sind in der Meldestelle des Wohnortes, nicht des Arbeitsortes, in Empfang zu nehmen. Auf Wunsch erfolgt auch die Zusendung per Post unter Kürzung des Postos.

Birkenwerder, den 20. Dezember 1913.

Der Amts- und Gemeindevorsteher.

Bekanntmachung.

Der Ortslohn — ortsbildliche Tagesentgelt gewöhnlicher Tagesarbeiter — für den Amtsbezirk Birkenwerder ist vom königlichen Oberverversicherungsamt Groß-Berlin gemäß §§ 149-151 der Reichsversicherungsordnung in Verbindung mit Artikel 1 der kaiserlichen Verordnung vom 5. 7. 1912 wie folgt festgelegt worden:

A. für männliche Personen	
über 21 Jahre	2,75 Mark
von 16-21 Jahren	2,- "
unter 16 Jahren	1,25 "
Kinder unter 14 Jahren	0,75 "
B. für weibliche Personen	
über 21 Jahre	2,- "
von 16-21 Jahren	1,50 "
unter 16 Jahren	1,- "
Kinder unter 14 Jahren	0,75 "

Birkenwerder, den 20. Dezember 1913.

Der Amts- und Gemeindevorsteher. Kühn.

Bekanntmachung.

In letzter Zeit melden sich täglich bei dem Arbeitsamt der Landwirtschaftskammer in Berlin arbeitssuchende Personen die nicht abgeneigt und zum Teil auch dazu nicht ungeneigt sind, Arbeit auf dem Lande anzunehmen. Das Arbeitsamt ist bereit, solche Leute an Interessenten zu überweisen. Die Bezugsbedingungen hierfür können im Rathaus, Postamt, — Zimmer 5, — eingesehen werden.

Birkenwerder, den 21. Dezember 1913.

Der Amtsvorsteher. Kühn.

Deutsches Reich.

Der Bundesrat stimmte in einer am Freitag abgehaltenen Sitzung den Vorlagen über die Inlandhöchstpreise für die einzelnen Kalkulationsarten, über Ergänzung der Ausführungsbestimmungen zum Kartellgesetz, über die Deutsche Arzneitage 1914, ferner dem Entwurf von Bestimmungen über die Produktionsstatistik der Kohlen-, Eisen- und Hüttenindustrie, der Vorlage über eine Denkschrift über die Rücklagen bei den Berufsvereinigungen und den Uebergangsbestimmungen zur Durchführung der hausgewerblichen Krankenversicherung zu.

Zur letzten Kundgebung der deutsch-hannoverschen Partei äußerte sich die „Nordd. Allg. Ztg.“ in ihrer Sonntagsnummer:

„Auf einer Generalversammlung des deutsch-hannoverschen Vereins in Rensburg hat nach Zeitungsmitteilungen der Reichstagsabgeordnete Freiherz von Scheele unter anderem gesagt, der Herzog von Cumberland wünscht, daß die Partei den Kampf um die Wiederherstellung des Königreichs Hannover fortsetze. Wenn dabei daran gedacht sollte, daß die Wahlen die Wiederherstellung Hannovers von einer freien Tat Preußens erwarten, so hat der Reichstagsabgeordnete im Reichstage deutlich genug gesagt, daß dies leere Hirngespinnste sind. Bei einem andern Gedanken Kampfe kann sich die Partei nach den Erklärungen, die der Herzog von Cumberland wiederholt dem Reichstagsabgeordneten abgegeben hat, nicht auf den Willen des Herzogs berufen.“

Der Leipziger Verband der Ärzte Deutschlands hat sich nunmehr, wie dem „Berl. Lok.-Anz.“ von dort gemeldet wird, bereit erklärt, dem Vorschlage des Staatssekretärs des Innern entsprechend in Verhandlungen mit den Krankenkassen wegen eines in dem Konflikt mit den Krankenkassen zu schaffenden Ausgleichs einzutreten, obwohl der Verband keine großen Hoffnungen auf einen Erfolg hat, da die von der Regierung vorgeschlagenen Grundlagen für die Verhandlungen die Hauptforderungen der Ärzte nicht berücksichtigen. Ein interimistischer Abschluß von Kasernenverträgen bis zum 1. April 1914 werde von dem Leipziger Verband voraussichtlich nicht angenommen werden.

Gegen den Tabaktraffik! In allen bayerischen Offizierkasinos und Kantinen ist, wie dem „B. L.“ aus München gemeldet wird, durch den Kriegsminister verboten worden, künftighin Fabrikate des Tabaktraffikes weiter zu führen. Diese Maßregel hat prinzipielle Bedeutung, da Bayern der erste deutsche Staat ist, der die deutschen Fabrikanten gegen den mit amerikanischem Gelde organisierten Tabaktraffik schützt.

Aus den Schutzgebieten.

Mit der Inkauffassung der ostafrikanischen Städteordnung

erklärte sich eine Bürgerversammlung der Stadt Tanga unter der Voraussetzung einer Einverleibung, daß die Kosten des Gouvernements ausgearbeiteten Projekts zur Sanierung Tangas nicht der Stadt aufgebürdet würden. Der Gouverneur sagte zu, daß er die Einstellung von Mitteln für dieses Projekt, das die Entwässerung der Moskito-sümpfe und Niederungen bei Tanga bezweckt, in den Etat des Schutzgebietes für 1915 beantragen werde.

Der Zug zur Industrie.

Das Reichs-Kolonialamt, dessen Personalbestand schon früher wiederholt bei den Reträtierungsbestrebungen des Handels und der Industrie für leitende Stellen gehalten wurde, gibt erneut eine erste Kraft an das Erwerbsleben ab. Graf Bethusy-Suc, Vortragender Rat im Kolonialamt, verläßt, wie die „Mil.-pol. Kor.“ von unterrichteter Seite erfährt, den Reichsdienst und tritt am 1. Januar 1914 in den bisherigen Generalinspektions-Rat der Ritterswerke A.-G., Holzimprägnier- und Leinwandfabrik, als juristischer Direktor in die Leitung des Unternehmens ein. Graf Bethusy steht im Alter von 40 Jahren und ist der Sohn des Repräsentanten der Oberpfälzischen Landschaft und der unter dem Namen Moriz von Reichsbad bekannten Schriftstellerin Berta Gräfin Bethusy-Suc.

Ausland.

Russische Getreidebölle gegen Deutschland.

Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur hat der Handelsminister dem Ministerrat folgende Gesekentwürfe vorgelegt: Erstens einen Entwurf betr. die Aufhebung eines Zolles auf ausländisches Getreide, das nach Finnland eingeführt wird, und zwar in Höhe von 4,30 Mark für hundert Kilo brutto auf Roggen, Gerste, Hafer, Weizen und Buchweizen in Körnern, sowie Erbsen und Spelz; von 6,50 Mark auf dieselben Getreidearten in Mehlform. Der Zeitpunkt für das Inkrafttreten dieses Gesekentwurfes ist noch nicht festgelegt. Zweitens einen Entwurf über die Besteuerung von Getreide in Körnern — außer Reis, Erbsen

und Bohnen, die nach Rußland eingeführt werden und zwar in Höhe von 30 Kopfen für das Pud brutto. Die unverzügliche Einführung dieser Maßnahmen ist wünschenswert, denn das System der verschleierten Ausfuhrpräzisen, wie es in Deutschland üblich ist, hindert die Entwicklung der russischen Landwirtschaft. Die Lage wird sich verschlimmern, sobald Rußland seine Anbaufläche vergrößern und in der Feldkultur vollendete Methoden anwenden wird.

Oesterreich-Ungarn.

Ein zufriedener Kriegsminister.

In der österreichischen Delegation gedachte der Kriegsminister Feldzeugmeister Ritter von Krobatin anlässlich der Debatte zum Heeresbudget in Worten des allerwärmsten Dankes der wertvollen Unterstützung und des wohlwollenden Verhaltens der Bevölkerung während der letzten Krise sowie der vollwertigen Leistungen der erwerbenden Reserveoffiziere. Er betonte, die Beziehungen zwischen der Armee und der Bevölkerung seien überall ohne Ausnahme die besten gewesen. Die letzte Krise habe den Beweis des festen Zusammenwirkens von Zivil- und Militärbehörden erbracht, was das gute Funktionieren der Friedensvorkehrungen im Ernstfalle sicher erwarten ließe. Bezüglich der Behandlung der Mannschaften sprach sich der Kriegsminister gegen jeden Drill aus. Er siehe auf dem Standpunkte wohlwollender Erziehung. Das Verhältnis zwischen Offizier und Mannschaft habe er für ein vorzügliches und vertrauensvolles, das gewiß von keiner Armee des Auslandes überboten werde. Zum Schluß betonte er nachdrücklich, es gehöre zu den schönsten Traditionen des Heeres, daß es alle Nationen mit gleicher Liebe und Achtung umfasse.

Eine französische „Militärmission“.

Nun wird sich die „große Nation“ über die deutsche Militärmission, deren Engagement für die Türkei sie so gewaltig aufgeregt hat, hoffentlich beruhigen: auch sie hat nämlich jetzt etwas Ähnliches auf dem Balkan. Durch ein am 20. Dezember veröffentlichtes Dekret des Königs der Hellenen wird nämlich ein eigenes Armeekorps von Attika geschaffen, das dem französischen General Epboux unterstellt wird und als Modellkorps für die anderen griechischen Armeekorps dienen soll. Niemand in Deutschland wird Frankreich eine Tätigkeit dieser Art in Griechenland mißgönnen. Es sei nur die innere Unabwägbarkeit festgestellt, die im Verein mit Rußland und England Protest in Konstantinopel wegen der deutschen Militärmission erhebt, zu gleicher Zeit aber in Athen sich die nämlichen Vorteile — nur unter anderm Namen — ausbedingte.

Japan.

Aufnahme der amerikanischen Einwanderungsbill.

Das seitens der nordamerikanischen Union geplante Einwanderungsgesetz, das die Zulassung von Fremden erschweren soll, erregt, wie die „Times“ aus Tokio melden, dort Unwillen. Die Regierung hofft, daß sie nicht zu einer, wenn auch inoffiziellen, diplomatischen Vertretung genötigt werden wird, zumal angesichts ihres Vorstellens, sich an der Panama-Ausstellung zu beteiligen, und ihrer Bemühungen, die Abneigung der Geschäftswelt gegen die Beteiligung zu überwinden.

Kleine politische Nachrichten.

Der Staatssekretär des Auswärtigen, von Jagow, reiste am 20. Dezember von Karlsruhe nach Darmstadt zur Konferenz mit dem hessischen Ministerpräsidenten ab.

Durch Großherzogliches Reskript wurde der Medlenburgische Landtag am 20. Dezember verabschiedet.

Der Oldenburgische Landtag nahm mit knapper Mehrheit einen Antrag an, wonach die Regierung ersucht wird, dem nächstjährigen Landtag ein Gesetz über die Pflichtfortbildungsgesetze vorzulegen.

Nachdem die Erste hessische Kammer am Freitag den Gesekentwurf über die Abgabe eines Darlehens von einer Million Mark an die landwirtschaftlichen Genossenschaften des Großherzogtums entsprechend dem Beschlusse der Zweiten Kammer angenommen hatte, verlegten sich beide Kammern bis Mitte Januar.

Das Mainzer Stadtparlament beschloß 310 000 Mark für die Gehaltserhöhung der städtischen Beamten, Lehrer und Straßenbahner mit rückwirkender Kraft vom 1. April 1913.

Nach einem in der italienischen Deputiertenkammer vom Schatzminister Tedesco erstatteten Bericht hatte das am 30. Juni 1913 zu Ende gegangene Finanzjahr einen Ueberschuß von nahezu 90 Millionen Mark ergeben.

Der englische Kabinetminister Winston Churchill traf am Sonnabendvormittag in Paris ein.

Nach einer ansehenden offiziellen Mitteilung des Pariser „Matin“ wird der französische Botschafter in Petersburg, Delcassé, aus persönlichen Gründen Ende Januar endgültig nach Frankreich zurückkehren.

Das englische Parlament wurde auf den 10. Februar 1914 einberufen.

Die russische Reichsduma wurde durch kaiserlichen Ukas vom 20. Dezember bis zum 27. Januar vertagt.